

### **3. Eingaben, Initiativen, Lobby – Die politische Arbeit der agah**

#### **3.1 Integration**

Leitgedanke aller Aktivitäten der agah ist, den Integrationsprozess in Hessen zu stärken und voranzutreiben. Eine aktive Antidiskriminierungsarbeit gehört dazu genauso wie Eingaben, Initiativen oder Veranstaltungen, die auf ein spannungs- und vorurteilsfreies, von Respekt und Gleichberechtigung geprägtes Zusammenleben zielen. Daran hat sich auch in den Jahren 2010 bis 2018 nichts verändert.

Nach wie vor steht das Wort „Integration“ als Schlüsselbegriff einer modernen Migrationspolitik. Auch hat der integrationspolitische Fokus der Hessischen Landesregierung im Berichtszeitraum noch einmal deutlich an Gewicht gewonnen, was unmittelbar Auswirkungen auch auf die Arbeit der agah hatte.

Dieses Kapitel widmet sich deshalb vordringlich den gesamtkonzeptionellen Ansätzen der Landespolitik und den diesbezüglichen Aktivitäten der agah.

##### **3.1.1 Allgemein**

Die konstruktiv-kritische Begleitung der Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung in ihren vielfältigen Facetten, aber auch die Entwicklung eigener konzeptioneller Ansätze, waren ein wichtiges Anliegen von Vorstand und Geschäftsstelle im Berichtszeitraum. Hervorzuheben sind an dieser Stelle vor allem die zahlreichen Gespräche mit Landespolitikern sowie eigene Veranstaltungen und Diskussionen im Rahmen von Plenar- und Vorstandssitzungen.

Dabei war die agah immer von dem Ziel geleitet, im Dialog neue Wege aufzuzeigen und dort Verbesserungen einzufordern, wo Defizite bestehen. Im Vordergrund standen dabei vor allem eine Verbesserung der politischen Teilhabe, der Bildungs- und Arbeitsmarktchancen, die Flüchtlingsfrage, das Erstarken des Rechtspopulismus, aber auch die Rolle der Medien im Integrationsprozess und Fragen rund um das Thema Islam und Zusammenleben der Religionen als Bestandteil unseres Einsatzes für Gleichstellung und gegen Diskriminierung.

Als Beispiele seien hier die Gespräche mit Ministerpräsident Bouffier (2011), dem Chef der Staatskanzlei und Flüchtlingskoordinator des Landes Hessen, Staatsminister Axel Wintermeyer (2016), Innenminister Beuth (2015), Integrationsstaatssekretär Dreiseitel (2014, 2017), Integrationsstaatssekretär Klose (2018) und Kultusstaatssekretär Brockmann (2011) im Rahmen der Plenarsitzungen der agah genannt. Inhalte der Gespräche waren regelmäßig Stand und Weiterentwicklung der Integrationspolitik im Allgemeinen sowie aktuelle integrationspolitische Themen im Besonderen (vgl. Kapitel 2.2).

Ergänzend dazu führte der Vorstand im Berichtszeitraum regelmäßig Gespräche mit den Hausspitzen der Landesregierung:

- 21.01.2010 Gespräch mit Staatsminister Dieter Posch, Wiesbaden
- 04.06.2010 Gespräch mit Staatsminister Jörg-Uwe Hahn, Stadtallendorf
- 25.06.2010 Gespräch mit Staatsminister Jörg-Uwe Hahn zur Einführung des Islamischen Religionsunterrichts, Wiesbaden
- 31.01.2011 Gespräch mit dem Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, Wiesbaden
- 31.01.2011 Gespräch mit Staatsminister Stefan Grüttner, Wiesbaden
- 14.02.2011 Gespräch mit dem Hessische Minister des Innern und für Sport, Boris Rhein, Wiesbaden
- 26.08.2011 Gespräch mit Staatsminister Hahn, Wiesbaden
- 28.11.2011 Gespräch mit dem Hessischen Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes beim Bund, Michael Boddenberg, Wiesbaden
- 14.12.2011 Gespräch mit Staatssekretär Werner Koch, Wiesbaden
- 25.01.2012 Gespräch mit dem Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier, Wiesbaden
- 02.02.2012 Gespräch mit Staatssekretär Werner Koch, Wiesbaden
- 22.10.2012 Gespräch mit Staatssekretär Werner Koch, Wiesbaden
- 02.11.2012 Gespräch mit Staatsminister Prof. Dr. Alexander Lorz, Wiesbaden
- 21.11.2012 Gespräch mit Staatsminister Jörg-Uwe Hahn, Wiesbaden  
Gespräch mit Staatssekretär Koch, Wiesbaden
- 26.04.2013 Gespräch mit Staatssekretär Koch, Wiesbaden
- 18.12.2013 Gespräch mit Staatsminister Jörg-Uwe Hahn, Wiesbaden
- 26.02.2014 Gespräch mit Staatsminister Grüttner, Staatssekretär Dreiseitel und Abteilungsleiter Dr. Kindermann, Wiesbaden
- 12.05.2014 Gespräch mit Staatssekretär Dr. Dippel, Wiesbaden
- 03.06.2014 Gespräch mit Staatssekretär T. Metz, Wiesbaden
- 06.06.2014 Gespräch mit Staatssekretär Dreiseitel und Abteilungsleiter Dr. Kindermann, Wiesbaden
- 24.06.2014 Gespräch mit Staatssekretär Dr. Dippel, Wiesbaden

- 18.09.2014 Gespräch mit Herrn Staatsminister Beuth und Herrn Staatssekretär Dreiseitel, Veranstalter: Hessische Staatskanzlei und Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Wiesbaden
- 29.09.2014 Gespräch mit Staatsminister Tarek Al-Wazir, Wiesbaden
- 27.10.2014 Gespräch mit Staatssekretär T. Metz, Wiesbaden
- 16.01.2015 Gespräch mit Staatsminister Prof. Dr. Alexander Lorz, Wiesbaden
- 06.03.2015 Gespräch mit Staatssekretär Dreiseitel, Wiesbaden
- 20.04.2015 Gespräch mit Staatssekretär Koch, Wiesbaden
- 18.05.2015 Gespräch mit Staatsminister Prof. Dr. Alexander Lorz, Wiesbaden
- 09.07.2015 Gespräch mit dem Hessischen Staatssekretär für Europaangelegenheiten, Wiesbaden
- 22.03.2016 Gespräch mit Herrn Ministerpräsidenten Bouffier, Wiesbaden
- 23.05.2017 Gespräch mit Staatssekretär Dreiseitel, Wiesbaden
- 02.11.2017 Gespräch mit Staatssekretär Klose und Abteilungsleiter Sydow, Wiesbaden
- 24.01.2018 Gespräch mit Staatssekretär Klose und Abteilungsleiter Sydow, Wiesbaden
- 05.06.2018 Gespräch mit Staatssekretär Klose und Übergabe des Förderbescheids für das Projekt „Forum der Vielfalt“, Wiesbaden
- 19.11.2018 Gespräch mit Staatssekretär Koch, Wiesbaden

Auch mit den Fraktionen im Hessischen Landtag fand ein intensiverer und regelmäßiger Dialog zu den verschiedensten migrations- und integrationspolitischen Themen statt.

Vertreter/innen aller Landtagsfraktionen besuchten als - teilweise ständige - Gäste regelmäßig die Plenarsitzungen der agah. Zudem fanden im Rahmen dieser Sitzungen Diskussionsrunden zu aktuellen Themen statt (vgl. zu den Inhalten Kapitel 2.2).

Gespräche in kleinerer Runde zwischen Vorstand und den Fraktions- und Parteivertretern rundeten den Austausch ab. So u.a. am

- 09.02.2010 Gespräch mit MdL Holger Bellino, CDU, Wiesbaden
- 27.05.2010 Arbeitskreis „Migration“ der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, Sitzung, Frankfurt am Main

- 26.08.2010 Arbeitskreis „Migration“ der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, Sitzung, Frankfurt am Main
- 28.10.2010 Arbeitskreis „Migration“ der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, Sitzung, Wiesbaden
- 02.11.2010 Gespräch mit dem Vorstand der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 17.11.2010 Gespräch mit Vertreter\*innen des Arbeitskreises „Migration“ der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 13.12.2010 Gespräch mit Vertreter\*innen des Arbeitskreises „Migration“ der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 20.01.2011 Arbeitskreis „Migration“ der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, Sitzung, Frankfurt am Main
- 21.03.2011 Gespräch mit Vertreter\*innen des Arbeitskreises „Migration“ der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 24.03.2011 Arbeitskreis „Migration“ der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, Sitzung, Frankfurt am Main
- 24.05.2011 Gespräch mit MdL Mürvet Öztürk, Bündnis90/Die Grünen, Wiesbaden
- 12.07.2011 Arbeitskreis Migration der SPD-Bezirk Hessen-Süd, Sitzung, Frankfurt am Main
- 26.10.2011 Gespräch mit Vertreter\*innen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 16.11.2011 Gespräch mit Vertreter\*innen der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 22.11.2011 Gespräch mit einer Vertreterin der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 30.11.2011 Gespräch mit Vertreter\*innen der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 17.01.2012 Gespräch mit Vertreter\*innen des Arbeitskreises „Migration“ der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 20.01.2012 Gespräch mit MdL Alexander Bauer, CDU, Wiesbaden
- 23.02.2012 Arbeitskreis „Migration“ der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, Sitzung, Frankfurt am Main

- 27.03.2012 Gespräch mit Vertreter\*innen der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 30.05.2012 Gespräch mit Vertreter\*innen der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 05.11.2012 Gespräch mit Vertreter\*innen des Arbeitskreises „Migration“ der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 25.02.2013 Gespräch mit dem Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag, MdL Tarek Al-Wazir, und MdL Mürvet Öztürk, Wiesbaden
- 25.04.2013 Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Christean Wagner, Wiesbaden
- 05.02.2014 Gespräch mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Thorsten Schäfer-Gümbel, Wiesbaden
- 10.04.2014 Gespräch mit einem Vertreter der FDP-Landtagsfraktion, Wiesbaden
- 26.05.2014 Gespräch mit einem Vertreter der FDP-Landtagsfraktion, Wiesbaden
- 18.06.2014 Gespräch mit dem Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag, MdL Mathias Wagner, Wiesbaden
- 30.09.2014 Gespräch mit Vertreter\*innen des Arbeitskreises „Migration“ der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 09.10.2014 Gespräch mit dem Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag, MdL Mathias Wagner, Wiesbaden
- 02.12.2014 Gespräch mit dem Landesvorsitzenden Stefan Ruppert und dem Vorsitzenden des Landesfachausschusses für Integration, Wiesbaden
- 17.02.2015 Gespräch mit MdL Mürvet Öztürk, Bündnis 90/Die Grünen, Frankfurt am Main
- 24.06.2015 Gespräch mit einem Vertreter der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 16.02.2016 Gespräch mit Vertreter\*innen des Arbeitskreises „Migration“ der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 18.06.2015 Gespräch mit dem Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag, MdL Mathias Wagner, Wiesbaden

- 04.10.2016 Gespräch mit einem Vertreter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 05.12.2016 Gespräch mit Vertreter\*innen der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 07.02.2018 Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Michael Boddenberg, Wiesbaden
- 18.01.2018 Gespräch mit dem Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag, MdL Mathias Wagner, Wiesbaden
- 22.05.2018 Gespräch mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Thorsten Schäfer-Gümbel, Wiesbaden
- 07.06.2018 Gespräch mit dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag, MdL Rene Rock, Wiesbaden

Inhalte der Gespräche waren regelmäßig Stand und Weiterentwicklung der Integrationspolitik im Allgemeinen sowie aktuelle integrationspolitische Themen im Besonderen (vgl. dazu auch Kapitel 4.3)

Mit einer Reihe von eigenen Veranstaltungen und Fortbildungen suchte die agah den gesellschaftlichen Diskurs zur Integrationsfrage voranzubringen und eigene Positionen weiterzuentwickeln (vgl. dazu Kapitel 6).

Mit Pressekonferenzen und zahlreichen Interviews - vor allem zur Bewertung der Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung – konnte die agah zudem ihre Positionen für eine gelungene Integration immer wieder auch öffentlich darstellen (vgl. auch Kapitel 5.1).

Nicht zuletzt waren Vertreter/innen der agah zu einer Vielzahl von öffentlichen Veranstaltungen rund um das Thema „Integration“ geladen. Vergleiche dazu die Aufstellungen in Kapitel 4.

### **3.1.2 Integrationskonzepte**

#### **3.1.2.1 agah-Aktionsprogramm „Integration“**

Das bereits in 2008 veröffentlichte Grundsatzprogramm der agah (vergleiche dazu Jahresberichte 2006-2009) war Handlungsmaxime für eine Vielzahl von politischen Eingaben auch im aktuellen Berichtszeitraum. Zugleich wurden die integrationspolitischen Forderungen der agah je nach Zuständigkeit der Gesprächspartner\*innen angesprochen. Ein Teil der Vorschläge wurden in den Folgejahren von der Landesregierung oder den Fraktionen des Hessischen Landtags aufgegriffen oder umgesetzt.

Zwei Beispiele sind hier die Einführung des konfessionsgebundenen islamischen Religionsunterrichts in Hessen und die deutliche Verstärkung von Maßnahmen im Bereich der Antidiskriminierungspolitik.

### 3.1.2.2 Enquetekommission „Migration und Integration in Hessen“

Bereits 2009 hatten sich die Fraktionen im Hessischen Landtag darauf verständigt, die Enquete-Kommission „Migration und Integration in Hessen“ einzurichten, der u.a. 13 Abgeordnete angehören. Sie sollte bis 2011 den Erkenntnisstand zur Integration aufarbeiten und einen Bericht zur Lebenssituation von Zuwanderer/innen in Hessen vorlegen. Zudem war der Auftrag, Handlungsvorschläge für die Landespolitik zu erarbeiten.

Die agah begrüßte die Einrichtung der Kommission und formulierte die Erwartung, dass nunmehr weitgehend politisch tabuisierte Themen wie eine bessere politische Beteiligung der Migrant\*innen oder Antidiskriminierungsarbeit jetzt die notwendige Beachtung finden. Vor allem sollte es eine Aufgabe der Kommission sein, konkrete Handlungsstrategien gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Islamophobie zu entwickeln.

Leider konnte die agah nicht erreichen, dass ein\*e Vertreter\*in der agah Mitglied der Kommission wird. Dennoch wurde der agah die Möglichkeit eingeräumt, als ständige Sachverständige an allen öffentlichen Sitzungen teilnehmen und Stellungnahmen abgeben zu können.

Die Vertretung der agah übernahm mit der Aufnahme der Arbeit der Kommission in 2010 der Vorsitzende Di Benedetto, die Stellvertretung Ulrike Bargon.

An folgenden Sitzungen nahm jeweils ein\*e Vertreter\*in teil:

26.02.2010	Sitzung, Wiesbaden
19.03.2010	Sitzung, Wiesbaden
23.04.2010	Sitzung, Wiesbaden
07.05.2010	Sitzung, Wiesbaden
27.08.2010	Sitzung, Wiesbaden
29.10.2010	Anhörung, Wiesbaden
12.11.2010	Sitzung, Wiesbaden
28.01.2011	Anhörung, Wiesbaden
08.04.2011	Sitzung, Wiesbaden
13.05.2011	Sitzung, Wiesbaden
17.06.2011	Sitzung, Wiesbaden
09.09.2011	Sitzung, Wiesbaden
11.11.2011	Sitzung, Wiesbaden
27.01.2012	Sitzung, Wiesbaden
02.03.2012	Sitzung, Wiesbaden
04.05.2012	Sitzung, Wiesbaden
08.06.2012	Sitzung, Wiesbaden

31.08.2012 Anhörung, Wiesbaden

26.06.2013 Vorstellung des Abschlussberichts, Wiesbaden

Auch nutzte die agah die Gelegenheit, schriftliche Stellungnahmen zu 14 Themenbereichen abzugeben:

- Asylsituation in Hessen
- Außerschulische Jugendarbeit, Internet
- Beispiele gelungener Integration
- Diskriminierungserfahrungen und Antidiskriminierungsstrategien
- Familie/Gleichberechtigungsaspekte
- Gesundheit und Pflege
- Kultur und Religion
- Gesellschaftspolitische Partizipation
- Auswirkungen von Migration auf die sozialen Sicherungssysteme
- Zusammenhang zwischen soziokultureller Lage einerseits und dem Grad der Integrationsbereitschaft sowie von Kriminalität
- Sprachförderung
- Steuerungsmöglichkeiten von Zuwanderung
- Wirtschaft, Ausbildung, Beschäftigung und Arbeitsmarkt
- Wohnraum

Vergleiche zu den Inhalten die weiteren Ausführungen in Kapitel 3.

Im Mai 2013 lag dann der Rohentwurf des Abschlussberichts der Enquetekommission vor. Die Anregungen der agah aus den vorangegangenen Beratungen fanden sich dort zumindest zum Teil wieder. Dennoch musste festgestellt werden, dass andere, für die agah wichtige Punkte nicht oder nicht ausreichend Berücksichtigung fanden. Deshalb sprach sich die agah vor der abschließenden Sitzung nochmals für eine Vielzahl von weiteren aufzunehmenden Handlungsempfehlungen aus:

Beispiele:

- die Einführung eines Rechtsanspruchs für einen ganztägigen Platz in einer Kindertageseinrichtung,
- den kostenfreien Besuch der Kindertageseinrichtungen mit finanzieller Kompensation gegenüber den Kommunen,
- die interkulturelle Öffnung von Kindertageseinrichtungen,
- Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul-, Bildungs- und Berufsabschlüssen im Rahmen der erleichterten und verbesserten Anerkennung von beruflichen Qualifikationen (insbesondere Maßnahmen auch für die Erfassung informeller Qualifikationen),
- landesweite Richtlinien und Vorgaben für eine integrationsfreundliche Quartiersgestaltung, die etwa im Landesentwicklungsplan Hessen und in den Regionalplänen Niederschlag finden,
- die Sicherstellung des Zugangs zur Krankenversicherung bzw. zum Gesundheitssystem für alle Migrantinnen und Migranten, d.h. auch Zuwanderer/innen aus EU-Staaten und Personen ohne Aufenthaltsstatus (sog. „sans papiers“),



- finanzielle Förderung muttersprachlicher Beratungsstellen für ältere Menschen mit Migrationshintergrund und eine zielgerichtete Aufklärungs- und Informationsarbeit, insbesondere auch zum Thema „ambulante Pflege“,
- ein auf Hessen bezogenes Aktionsprogramm gegen Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

Vergleiche dazu auch die Ausführungen in den nachfolgenden Kapiteln. Alle Stellungnahmen können auch bei der agah-Geschäftsstelle angefordert werden.

Den im Juni 2013 dann öffentlich vorgestellten Abschlussbericht bewertete die agah dann u.a. in einer Pressemitteilung und Interviews mit Medienvertreter\*innen als dennoch „zukunftsweisend“.

Die Handlungsempfehlungen zeigen aus Sicht der agah, dass in Hessen noch viel Handlungsbedarf in Sachen Integration besteht und noch praktische Konsequenzen zu ziehen sind. Der Bericht zeigte aber auch, dass es gelingen kann, in einer konstruktiven Auseinandersetzung auf parlamentarischer Ebene über Parteigrenzen hinweg konkrete Lösungsansätze zu erarbeiten.

Als besonders unzureichend kritisierte die agah jedoch die Empfehlungen zur politischen Teilhabe. Neben dem fehlenden Wahlrecht ist es unerlässlich Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierungen stärker als bisher zu bekämpfen. Integration kann nur gelingen, wenn Vorurteile und Benachteiligungen stärker als bisher angegangen werden. Hier zeigten die gemeinsamen Handlungsempfehlungen der Kommission große Lücken.

### 3.1.2.3 Hessischer Integrationsplan

In der Koalitionsvereinbarung 2014 – 2018 hatte die Koalitionspartner CDU und Bündnis90/Die Grünen vereinbart, aufbauend auf den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Migration und Integration in Hessen“ und unter Beachtung des Nationalen Aktionsplans Integration „gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Integrationskonferenz“ (vergleiche 3.1.3.2.2) einen Hessischen Integrationsplan zu erstellen. Mit diesem Plan sollten die Ziele, Leitlinien und Instrumente der hessischen Integrationspolitik beschrieben werden.

Im März des Jahres 2015 wurden daher aus der Integrationskonferenz heraus 7 Arbeitsgruppen gebildet, in die die agah jeweils einen oder zwei Vertreter\*innen entsandte:

1. „Sprache und Bildung“,
2. „Wirtschaft und Arbeitsmarkt“
3. „Gesundheit, Pflege, Familie und Gleichberechtigung“
4. „Gesellschaftliche und politische Partizipation, Sport und Freizeit“
5. „Religion, Kultur und Medien“
6. „Interkulturelle Öffnung, Diversity, Antidiskriminierung“
7. „Zuwanderung und Flüchtlinge“

In Arbeitsgruppe 4 wurde der Geschäftsführerin der agah die Ko-Leitung der Arbeitsgruppe übertragen.

In einem arbeitsintensiven Prozess diskutierten und erarbeiteten die Arbeitsgruppen einen umfangreichen Vorschlag für den Integrationsplan, der nach Abschluss mit den Ressorts des Landes abgestimmt und nach vorheriger Diskussion mit der Integrationskonferenz dann in einem Kabinettsbeschluss münden sollten.

Termine der Arbeitsgruppen unter Beteiligung der agah:

1. „Sprache und Bildung“  
07.05.2015, 28.05.2015, 25.06.2015, 22.07.2015,  
09.08.2015, 08.10.2015, 02.11.2015, 02.02.2016
2. „Wirtschaft und Arbeitsmarkt“  
19.05.2015, 04.08.2015, 22.09.2015, 07.03.2016
3. „Gesundheit, Pflege, Familie und Gleichberechtigung“  
08.05.2015, 21.05.2015, 08.06.2015, 01.10.2015,  
21.01.2016, 04.02.2016, 18.02.2016, 03.03.2016
4. „Gesellschaftliche und politische Partizipation, Sport und Freizeit“  
29.04.2015, 10.06.2015, 15.06.2015, 16.09.2015,  
11.11.2015, 03.02.2016, 16.03.2016
5. „Religion, Kultur und Medien“  
05.05.2015, 16.06.2015, 29.09.2015, 10.11.2015,  
23.02.2016
6. „Interkulturelle Öffnung, Diversity, Antidiskriminierung“  
20.05.2015, 24.06.2015, 09.09.2015, 25.09.2015,  
03.11.2015, 22.01.2016, 18.02.2016
7. „Zuwanderung und Flüchtlinge“  
12.05.2015, 25.06.2015, 23.07.2015, 14.09.2015,  
01.10.2015

Zudem fanden zwei Sitzungen der Arbeitsgruppenleiter am 28.01.2016 und am 11.05.2016 statt.

In den Sitzungen der Integrationskonferenz am 19.11.2015 und am 01.06.2016 stellten die Arbeitsgruppen den Mitgliedern der Integrationskonferenz ihre jeweiligen Ergebnisse vor.

Es sollte mehr als ein Jahr dauern, bevor die Integrationskonferenz über die Ergebnisse der seit Juni 2016 dauernden Ressortabstimmung informiert wurden. Allerdings wurde in der Sitzung am 19.12.2017 ein Plan als Tischvorlage verteilt, der nicht einen vorläufigen Entwurf des Integrationsplans präsentierte, sondern den bereits durch das Hessische Kabinett gebilligten und schon zwei Tage vor der Sitzung - am 15.12.2017 - veröffentlichten Plan. Die große Mehrheit der Konferenzmitglieder war ob dem Verfahren brüskiert und stellte fest, dass sich in dem Plan die Vorlagen der Integrationskonferenz kaum noch wiederfanden.

Eine ausführliche Diskussion und Bewertung konnte dann erst am 12. März 2018 in der Folgesitzung stattfinden. Die agah bewerte den Plan als viel zu unkonkret und

ohne Visionen. Er enttäuscht und bleibt weit hinter den Handlungsempfehlungen sowohl der Integrationskonferenzvorlagen als auch den Anregungen der Enquetekommission „Migration und Integration“ zurück, die der Hessische Landtag bereits im Jahr 2013 vorgelegt hatte.

In der Bewertung kam die agah zu dem Schluss, dass der Plan lediglich bekannte Grundsatzaussagen enthält und im Wesentlichen den Status quo der hessischen Integrationspolitik beschreibt. Vor allem Fragestellungen wie „wie kann die hessische Vielfaltsgesellschaft der Zukunft aussehen?“, „welche konkreten Schritte wird es dazu in den nächsten Jahren geben?“ fehlen. Der Plan bleibt zumeist unkonkret und vage. Als Beispiel kritisierte die agah die Vorschläge zur politischen Partizipation. Es reicht nicht aus, sich für mehr Einbürgerung einzusetzen und insbesondere die zentrale Einbürgerungsfeier fortzuführen. Vielmehr braucht es ein mehr an konkreten Initiativen, um politische Teilhabe zu ermöglichen und attraktiver zu machen.

Der Vorsitzende der agah sah sich ernüchert: „Mit viel Engagement, Ernsthaftigkeit, aber auch Leidenschaft haben wir und viele andere zivilgesellschaftliche Organisationen den Beteiligungsprozess im Rahmen der Integrationskonferenz begleitet. Das Ergebnis ist genauso wie das Abstimmungsverfahren ernüchternd. Das hätte man auch billiger haben können!“ Gülegen forderte, nun endlich den vielen guten und zukunftsweisenden Empfehlungen der Enquetekommission mehr Augenmerk zu schenken. Viele der Vorschläge warten noch immer auf ihre Umsetzung!“

### 3.1.2.4 Integrationskonzepte der Parteien

Im Berichtszeitraum hatte die agah mehrfach Gelegenheit Integrationsleitlinien der politischen Parteien und deren Fortentwicklung zu begleiten.

Dies geschah beispielsweise regelmäßig in den in Kapitel 4.3 aufgeführten Gesprächen oder durch schriftliche Stellungnahmen an die Parteien selbst, so zum Beispiel im Jahr 2012 (SPD) und 2013 (Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke) oder beteiligte sich an Diskussionsveranstaltung der Parteien:

- |            |  |
|------------|--|
| 26.04.2010 | "Zukunftswerkstatt Integration", Veranstaltung, Veranstalter: Parteivorstand der Bundes-SPD, Berlin                                  |
| 05.11.2010 | „Integrationspolitik“, Diskussionsveranstaltung, Veranstalter: FDP- Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden                        |
| 04.11.2010 | „Integration durch Beteiligung. Migranten entscheiden mit.“, Diskussionsveranstaltung, Veranstalter: JUSOS Bezirk Hessen Süd, Gießen |
| 12.11.2010 | „Bürgerkonferenz Integration“, Veranstaltung, Veranstalter: SPD-Bezirk Hessen-Süd, Offenbach am Main                                 |

- 12.06.2012 „Integrationspolitische Leitlinien“, Anhörung und Beschlussfassung, Veranstalter: SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 23.06.2012 „Integration im Rahmen des Grünen Perspektiven Gipfels“, Workshop, Veranstalter: Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Hessen, Frankfurt am Main
- 16.07.2014 „Landesprogramm WIR ist ein weiterer wichtiger Impuls einer erfolgreichen Integrationspolitik“, Debatte, Veranstalter: Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag, Wiesbaden
- 07.12.2016 „Hessen 2025 - Perspektiven im Bereich Integration“, Fachforum, Veranstalter: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Hessischen Landtag, Wiesbaden

Teilweise nahm die agah auch öffentlich Stellung dazu. Ein Beispiel aus 2011:

Das Integrationskonzept der Grünen, die den Ersatz der Ausländerbeiräte durch Integrationsausschüsse vorsah, bezeichnete die agah in ihrer Pressemitteilung vom 07.07.2011 als „rückwärtsgewandt, realitätsfremd und demokratiefeindlich“. Der Vorsitzende der agah wörtlich:

„Das ist ein Griff in die Mottenkiste der Gastarbeiter- und Bevormundungspolitik der 60er und 70 Jahre“. Statt auf mehr Demokratie und verbindliche Teilhabe zu setzen, haben sich die hessischen Grünen jetzt den erfolglosen Modellen benannter Gremien aus längst vergangenen Zeiten verschrieben. Die Ausländerbeiräte haben sich in ihrer fast 40jährigen Geschichte in Hessen bewährt. Nur mit ihnen können sich Vielfalt und Pluralität unserer heterogenen Einwanderergesellschaft im kommunalen Beteiligungsprozess auch einbringen. Wir brauchen keine Stellvertreterpolitik durch ein paar entrechtete Vereinsfürsten, die in den Ausschüssen noch nicht einmal ein Stimmrecht haben würden. Vor allem aber müssen Strategien entwickelt werden, wie die 'deutsche' Kommunalpolitik verbindlicher in den Dialog mit den gewählten Migrantenvertreter/innen eingebunden wird. Hier haben die Grünen glatt die Zielgruppe verwechselt!“

### 3.1.3 Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung

Eine Aufgabe der agah bestand im Berichtszeitraum darin, die konkrete Integrationspolitik des Landes kritisch und zukunftsorientiert zu begleiten.

Dies geschah zum einen durch die Diskussionen während der Plenarsitzungen der agah (vergleiche Kapitel 2.2). Zum anderen setzte sich der Vorstand regelmäßig in seinen Vorstandssitzungen (vergleiche Kapitel 2.3) oder in Gesprächen mit Vertre-

ter\*innen der Landesregierung mit deren konkreten Vorhaben auseinander (vergleiche Kapitel 4.2). Gleichzeitig erfolgte im Vorfeld der Landtagswahlen die Positionierung der agah durch Formulierung integrationspolitischer Erwartungen.

Die Erörterung grundsätzlicher Fragen erfolgte zumeist entweder mit dem Hessischen Ministerpräsidenten oder den Hausspitzen der für Integration zuständigen Ministerien.

An dieser Stelle sind nur die Positionen und Aktivitäten genannt, die nicht in den weiteren, inhaltsbezogenen Kapiteln Erwähnung finden.

Veranstaltungen des Landes unter Beteiligung der agah:

09.03.2010	„Freiheit, die ich meine... - Chancen und Grenzen der Integration“, Diskussionsveranstaltung, Veranstalter: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Wiesbaden
25.11.2010	„Integration nach Maß“, Tagung, Veranstalter: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Wiesbaden
06.12.2012	„Integrationspolitik - Perspektive Hessen 2030“, Integrationskonferenz, Veranstalter: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Wiesbaden

### 3.1.3.1 Koalitionsvereinbarungen und Regierungserklärungen

Im Nachgang der Landtagswahlen im Berichtszeitraum beschäftigten sich Vorstand und Plenum der agah mit den beschlossenen Vereinbarungen und nahm öffentlich Stellung. So beispielsweise in Interviews mit dem Hessischen Rundfunk, Hörfunk am 14.10.2010, 10.06.2011, 23.04.2013 und am 16.12.2013 oder anderen Medien am 03.03.2014. Der Wortlaut von Presseerklärungen ist auf [www.agah-hessen.de](http://www.agah-hessen.de) nachlesbar.

### 3.1.3.2 Modellregionen „Integration“/Landesprogramm WIR

Nach der Landtagswahl 2009 initiierte das neu geschaffene Integrationsministerium als eines seiner ersten und herausragenden Maßnahmen das Programm „Modellregionen Integration“. Ziele des Programmes waren

- eine ganzheitliche Strategie für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik zu entwickeln, die beispielgebend für andere sein kann
- die Erarbeitung eines aussagekräftigen Integrationsmonitorings
- die Vernetzung bestehender Anstrengungen des Landes, des Bundes und der Region – Schaffung von Transparenz
- die Vernetzung von regionalen Akteuren und Erarbeitung gemeinsamer Leitbilder
- die Initiierung eines gesellschaftlichen Diskurses über Integration als gemeinschaftlichen Handlungsweg

- sowie Ableitungen neuer Maßnahmen und struktureller Veränderungen

Nachdem das Programm von Staatssekretär Dr. Kriszeleit am 28.11.2009 im Rahmen einer Plenarsitzung der agah vorgestellt worden war, hielt sich die Einbindung der agah in Grenzen. Informationen erreichten die agah in der Regel über allgemeine Aussendungen des Ministeriums oder die Teilnahme an Veranstaltungen:

- 16.02.2012 „Zuhause in Hessen: Wir schaffen Zugehörigkeit" - Halbzeitbilanz des Landesprogramms "Modellregionen Integration", Tagung, Veranstalter: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Wiesbaden
- 12.04.2013 „Zukunft ist gestaltbar - das Landesprogramm Modellregionen Integration", Abschlusskonferenz, Veranstalter: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Wiesbaden
- 10.10.2013 „Modellregion Integration Main-Kinzig-Kreis und Stadt Hanau", Abschlusskonferenz und Gespräch mit dem Vorsitzenden des Ausländerbeirates Erlensee, Veranstalter: Integrationsbüro Main-Kinzig-Kreis, Magistrat der Stadt Hanau, Erlensee

Vergleichbares gilt für das Landesprogramm „WIR - Landesprogramm - Förderung von Integrationsmaßnahmen im Themenfeld Zuwanderung und Migration“.

Das Förderprogramm „WIR“ wurde mit dem Ziel entwickelt, die Integrations- und Teilhabechancen von Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen zu verbessern, insbesondere von neu Zugewanderten. Programmschwerpunkte liegen zum einen auf der interkulturellen Öffnung von Ämtern, Behörden, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen. Zum anderen auf dem Ausbau der Willkommens- und Anerkennungskultur in den hessischen Kommunen und Kreisen unter Einbeziehung von allen Bürgerinnen und Bürgern.

Informationen erreichten die agah, die Einbindung war eher sporadisch.

- 23.09.2015 „Willkommens- und Anerkennungskultur - Neuer Wein in alten Schläuchen?", Zukunftskonferenz im Rahmen der Umsetzung des Landesprogramms "WIR", Veranstalter: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Wiesbaden

### 3.1.3.3 Diversity / Charta der Vielfalt

Die „Charta der Vielfalt“ ist eine Arbeitgeberinitiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen und Institutionen. Sie wurde im Dezember 2006 von vier Unternehmen ins Leben gerufen. Sie sieht Diversity als Chance - in der Arbeitswelt:

„Die Umsetzung der „der Vielfalt“ eröffnet den beigetretenen Organisation das Ziel, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Mitarbeitenden sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht und geschlechtlicher Identität, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität. Die Anerkennung und Förderung dieser vielfältigen Potenziale schaffen wirtschaftliche Vorteile für unsere Organisation.

Wir schaffen ein Klima der Akzeptanz und des gegenseitigen Vertrauens. Dieses hat positive Auswirkungen auf unser Ansehen in Geschäftsbeziehungen und bei Kund\_innen sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern der Welt.

Im Rahmen dieser Charta werden wir

1. eine Organisationskultur pflegen, die von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung jeder einzelnen Person geprägt ist. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Vorgesetzte wie Mitarbeitende diese Werte erkennen, teilen und leben. Dabei kommt den Führungskräften bzw. Vorgesetzten eine besondere Verpflichtung zu.
2. unsere Personalprozesse überprüfen und sicherstellen, dass diese den vielfältigen Fähigkeiten und Talenten aller Mitarbeitenden sowie unserem Leistungsanspruch gerecht werden.
3. die Vielfalt der Gesellschaft innerhalb und außerhalb der Organisation anerkennen, die darin liegenden Potenziale wertschätzen und für das Unternehmen oder die Institution gewinnbringend einsetzen.
4. die Umsetzung der Charta zum Thema des internen und externen Dialogs machen.
5. über unsere Aktivitäten und den Fortschritt bei der Förderung der Vielfalt und Wertschätzung jährlich öffentlich Auskunft geben.
6. unsere Belegschaft über Diversity informieren und sie bei der Umsetzung der Charta einbeziehen.

Wir sind überzeugt: Gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt hat eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft in Deutschland.“

Das Land Hessen trat der „Charta der Vielfalt“ am 01.02.2011 in Anwesenheit von agah-Vertreter\*innen bei.

Gerne nahmen wir auch an folgenden Veranstaltungen bei:

21.02.2013 „Charta der Vielfalt in Hessen. Wo stehen wir? Wohin gehen wir?“, Informationsveranstaltung im Rahmen des 1. Deutschen Diversity-

Tages, Veranstalter: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa, Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main

09.06.2015 „Vielfalt in Hessen - Chance für die öffentliche Verwaltung!“, Veranstaltung im Rahmen des 3. Deutschen Diversity-Tages, Veranstalter: Hessische Staatskanzlei, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Wiesbaden

### **3.1.3.4 Integrationspreis der Hessischen Landesregierung**

Seit 2004 wird von der Hessischen Landesregierung ein Integrationspreis ausgelobt, der zum Ziel hat, nachhaltige Maßnahmen anzuerkennen und zu würdigen, die dem Abbau von Schranken und Hemmnissen im Zusammenleben der einheimischen und ausländischen Bevölkerung erfolgreich dienen. Der Preis ist mit 20.000 Euro dotiert und wird jährlich verliehen. Über die Verleihung des Integrationspreises entscheidet laut Statut eine unabhängige Jury, die vom Hessischen Ministerpräsidenten berufen wird.

Die agah beteiligte sich im Berichtszeitraum im Vorfeld der Preisverleihungen, indem sie die Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen aktiv unterstützte und regelmäßig mit Vertreter\*innen an den Verleihungen mit einem/einer oder mehreren Vertreter\*innen teilnahm.

11.11.2010	Hessischer Integrationspreis 2010 Festakt und Verleihung, Wiesbaden
21.11.2011	Hessischer Integrationspreis 2011 Festakt und Verleihung, Wiesbaden
29.11.2012	Hessischer Integrationspreis 2012 Festakt und Verleihung, Wiesbaden
13.11.2013	Hessischer Integrationspreis 2013 Festakt und Verleihung, Wiesbaden
16.11.2016	Hessischer Integrationspreis 2016 Festakt und Verleihung Wiesbaden
16.11.2017	Hessischer Integrationspreis 2017 Festakt und Verleihung Wiesbaden
15.11.2018	Hessischer Integrationspreis 2018 Festakt und Verleihung Wiesbaden



### 3.1.4 Gremien

#### 3.1.4.1 Integrationsbeirat der Hessischen Landesregierung

Der Integrationsbeirat der Hessischen Landesregierung besteht seit April 2000 und geht auf die Koalitionsvereinbarung der damaligen Hessischen Landesregierung aus dem Jahr 1999 zurück.

Aufgabe des Beirates ist, die Landesregierung in Fragen der Integration zu beraten, Handlungsfelder zu definieren und praktikable Vorschläge zur Umsetzung zu unterbreiten.

Unter Vorsitz der Hessischen Sozialministerin, seit 2009 des Integrationsministers, setzt er sich aus berufenen Einzelpersonen und Organisationen zusammen, die verschiedene gesellschaftliche Bereiche, nämlich die Bereiche Arbeitswelt, Religion, Wissenschaft, Bildung und Ausbildung, soziales Leben, Kultur, Medien und die kommunale Ebene vertreten. Zudem sind die Fraktionen des Hessischen Landtags vertreten.

Für die agah arbeiteten bis zur Landtagswahl 2008 drei Personen (Yilmaz Memisoglu, Ulrike Foraci, Ömer Sekmen) im Beirat mit, die auf Vorschlag von der Ministerin ernannt wurden. Nach der Landtagswahl 2008 war die agah nur noch mit 2 Vertreter\*innen (der Vorsitzende und die Geschäftsführerin, im Berichtszeitraum Corrado Di Benedetto/Enis Gülegen und Ulrike Foraci) im Beirat vertreten.

Die Vertreter\*innen der agah nahmen an allen Sitzungen des Beirates regelmäßig teil:

- 09.03.2010
- 01.06.2010
- 07.10.2010
- 28.02.2010
- 06.06.2011
- 07.11.2011
- 15.03.2012
- 10.10.2012
- 04.07.2013
- 30.10.2013
- 18.11.2014
- 18.02.2015
- 14.10.2015
- 22.03.2016
- 27.09.2016
- 28.03.2017
- 19.09.2017
- 23.01.2018
- 12.03.2018

Die Themenschwerpunkte der Sitzungen sind dem Ministerium bekannt, können von Externen auf Anfrage mitgeteilt werden.

### **3.1.4.2 Integrationskonferenz der Hessischen Landesregierung**

In 2014 wurde von Integrationsminister Hahn die Idee entwickelt, den Integrationsbeirat um ein Gremium zu erweitern, das in längeren Abständen tagt, aber eine höhere Teilnehmerzahl beinhaltet: Die Integrationskonferenz.

Sie tagte regelmäßig unter Beteiligung der agah und hatte im Wesentlichen die Erarbeitung der Entwurfsvorlage für den Hessischen Integrationsplan zum Inhalt. (vergleiche Kapitel 3.1.2.3)

Sitzungen der Konferenz fanden – ohne Arbeitsgruppen – statt am:

- 20.03.2015
- 19.11.2015
- 01.06.2015
- 19.12.2017
- 12.03.2018
- 26.09.2018

### **3.1.4.3 Projektförderung von Integrations- und Vielfaltsstrategien in Kommunen**

Die Geschäftsführerin wurde als Mitglied der Auswahljury dieses, seit 2018 bestehenden Programmes berufen und nahm im Berichtszeitraum an folgender Sitzung teil:

- 21.08.2018

### **3.1.4.4 „Löwen im Herz“**

Im Jahr 2016 wurde die hessenweite Kampagne „Löwen im Herz. Hessen integriert.“ der Hessischen Landesregierung gestartet. Sie stellt Integrationsvorbilder aus der hessischen Gesellschaft in den Mittelpunkt.

Die agah unterstützte die Kampagne u.a. mit eigenen Beiträgen.

### 3.1.4.5 LEADER

LEADER ist ein europäisches Programm und eine Richtlinie zur Förderung der ländlichen Entwicklung. Ein zentrales Anliegen des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ist die Stärkung des ländlichen Raumes als Wirtschafts- und Lebensraum. Mit dem Programm sollten im Berichtsraumzeitraum Initiativen besonders berücksichtigt werden, die die Integration im ländlichen Raum voranbringen. In die Jury zur Vergabe der hessischen Mittel wurde die Geschäftsführerin der agah berufen, die aktiv an den Entscheidungen teilnahm:

24.09.2014 Bewerbungs- und Auswahlverfahren, Sitzung, Wiesbaden

04.11.2014 Bewerbungs- und Auswahlverfahren, Sitzung, Frankfurt am Main

25.11.2014 Bewerbungs- und Auswahlverfahren, Sitzung, Frankfurt am Main

### 3.1.5 Sonstiges

Auch durch die Durchführung eigener Kooperationsveranstaltungen hat die agah im Berichtszeitraum das Thema „Integration“ vorangetrieben und gestärkt. Hier sind nur beispielhaft einige Veranstaltungen genannt, die von der agah (mit)organisiert wurden. Sonst bitten wir um Beachtung von Kapitel 4.

24.08.2012

#### **Integrationsforum Süd 2012**

Veranstalter: Otto Benecke Stiftung, agah-Landesausländerbeirat, Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration Rheinland-Pfalz, Frankfurt am Main

28.03.2014

#### **„Diversität in den Medien - Interkulturelle Vielfalt und Migration“**

Fachtagung

Veranstalter: agah-Landesausländerbeirat, Katholische Akademie Rabanus Maurus, DGB-Bezirk Hessen Thüringen, Herbert Quandt-Stiftung, Evangelische Akademie Frankfurt, Frankfurt am Main

10.11.2016

#### **„Stärkung der interkulturellen Kompetenz in der Frankfurter Stadtgesellschaft“**

Diskussionsveranstaltung

Veranstalter: agah-Landesausländerbeirat, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB), Arbeiterwohlfahrt (AWO), Frankfurt am Main

11.09.2018

**„Landtagswahl 2018 - Integrationspolitische Positionen der Parteien auf dem Prüfstand“**

Landesweite Auftaktveranstaltung zur Veranstaltungsreihe zur Landtagswahl

Veranstalter: agah-Landesausländerbeirat, Ausländerbeirat Wiesbaden, Wiesbaden